

Während Kanada in den Abkommen mit den USA und Mexiko sowie mit transpazifischen Staaten umfassende Antikorruptionsklauseln vereinbart hat, fehlen diese bei CETA. **Ohne Antikorruptionsklauseln ist kein fairer Handel zu erreichen.**

5. **Gefährdung des Vorsorgeprinzips**

Im Gegensatz zu dem in Kanada geltenden Risikoprinzip folgt der Umwelt- und Verbraucherschutz der EU dem Vorsorgeprinzip. Produkte können vorsorglich verboten werden, wenn ein Verdacht auf ein Gesundheits- oder Umweltrisiko vorliegt. Das **Vorsorgeprinzip ist in CETA nicht ausreichend verankert.** So muss u.a. mit kostspieligen Klagen ausländischer Konzerne gerechnet werden, wenn Zulassungsverbote von gentechnisch veränderten Lebensmitteln oder krebserregenden Chemikalien auf Basis des Vorsorgeprinzips erlassen werden.

6. **Bedrohung der bäuerlichen Landwirtschaft**

In Kanada ist Fleisch aufgrund geringerer Tierwohlstandards billiger als in der EU, während die dortigen Milchpreise das Einkommen der Bäuer*innen sichern und deutlich höher sind. Mit CETA wurden die Importquoten für zollfreies kanadisches Schweine- und Rindfleisch um das 14-Fache erhöht, im Gegenzug kann die EU mehr billigen Käse zollfrei nach Kanada exportieren. CETA schafft also einen Dumpingwettbewerb, der auf beiden Seiten des Atlantiks klimaschädliche Produktionsweisen fördert und soziale Standards senkt. **Das geht zu Lasten des Klimas, des Tierwohls und der bäuerlichen Landwirtschaft.**

7. **Ausverkauf der Daseinsvorsorge**

CETA schreibt für die öffentliche Daseinsvorsorge für Wasser, Energie, Nahverkehr oder Gesundheit unumkehrbare Liberalisierungsverpflichtungen vor, die der Dienstleistungs- und Finanzwirtschaft Geschäfts- und Anlagemöglichkeiten öffnen. Gemäß dem bei CETA eingeführten "Negativlistenansatz" müssen Ausnahmen von der Liberalisierungspflicht zu Vertragsbeginn als Vorbehalte gelistet worden sein. Andernfalls sind Rekommunalisierungen kaum mehr möglich. **CETA verschärft die Kommerzialisierung und Privatisierung der Daseinsvorsorge und schränkt die politischen Handlungsspielräume der Kommunen dauerhaft ein.**

CETA stärkt Konzernklagerechte, entmachtet die Parlamente und heizt den Klimawandel an.

Stoppen Sie die Ratifizierung von CETA !

Wir sehen die Parlamentarier*innen aller demokratischen Parteien in der Verantwortung.

NETZWERK
**Gerechter
Welthandel**



www.gerechter-welthandel.org

V.i.S.d.P. L. Essig, Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

CETA RATIFIZIERUNG STOPPEN!

7 Argumente gegen das EU-Kanada-Abkommen



Beim Abbau von kanadischem Teersandöl entstehen 23% mehr CO₂-Emissionen als bei üblichem Erdöl. CETA garantiert seinen zollfreien Export und schützt Gewinnerwartungen der Investoren durch Konzernklagerechte.

Nach massiven zivilgesellschaftlichen Protesten trat CETA, das umfassende Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit Kanada, 2017 *vorläufig* und zu großen Teilen in Kraft. Ausgenommen sind noch Teile, die auch der Zustimmung der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten bedürfen, darunter die hoch umstrittenen Sonderklagerechte für ausländische Investoren. Vollständig in Kraft treten kann CETA nur, wenn es von den Parlamenten *aller* EU-Staaten ratifiziert wurde. Obwohl Deutschland und zehn weitere EU-Länder das Abkommen nicht ratifiziert haben, hat sich der Handel zwischen Kanada und Europa seit der vorläufigen Anwendung nahezu verdoppelt. Der Handel mit dem hochklimaschädlichen kanadischen Teersandöl wurde sogar verdreifacht.

Im März 2022 wies das Bundesverfassungsgericht Klagen gegen CETA ab, da die *vorläufige Anwendung* verfassungskonform sei und bestimmte Vertragsteile – so die Sonderklagerechte ausländischer Investoren – erst nach Verabschiedung eines Zustimmungsgesetzes zu CETA entschieden werden könnten. Insgesamt sieht das Gericht CETA kritisch.

Am 1. Juli 2022 hat nun die rot-, gelb-, grüne Koalitionsregierung ein Zustimmungsgesetz zu CETA beschlossen und drängt auf Ratifizierung. Die erste Lesung im Bundestag fand schon am 7. Juli statt. Die zweite und dritte Lesung sowie die Abstimmung in Bundestag und Bundesrat sollen noch im Herbst 2022 folgen.

7 Argumente gegen die Ratifizierung von CETA

1. **Klima- und Nachhaltigkeitsziele sind Handelsinteressen untergeordnet**

Eine Ratifizierung von CETA widerspricht der Ankündigung der Ampelkoalition, nur noch Handelsverträge abzuschließen, die internationale Nachhaltigkeitsziele durch Sanktionsmöglichkeiten schützen. Obwohl CETA *erst nach* Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens unterzeichnet wurde, enthält es keine Durchsetzungsmechanismen zum Schutz des Klimas. Dasselbe gilt für weitere ökologische und soziale Ziele, wie sie z.B. im internationalen Übereinkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt oder in den Kernprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vereinbart sind. Dagegen ist der zollfreie Handel mit klimaschädlichen Produkten wie dem extrem CO₂-lastigen kanadischen Teersandöl durch ein zwischenstaatliches Schiedsgericht geschützt, das Strafzölle verhängen kann. **Die Unterordnung von Nachhaltigkeitszielen unter ökonomische Interessen heizt die Klimakatastrophe und soziale Krisen weiter an.**

2. **Paralleljustiz für internationale Konzerne gestärkt**

Mit einer vollständigen Ratifizierung von CETA träte das Investitionsschutzkapitel von CETA in Kraft. Damit würden Sonderklagerechte internationaler Konzerne gegen Staaten erheblich gestärkt: CETA ermächtigt *alle* ausländischen Investoren, die Niederlassungen in Kanada oder einem EU-Staat haben, ihre Gaststaaten vor einem sog. Investitionsgerichtssystem (ICS) auf hohen Schadensersatz zu verklagen, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch neue Gesetze zum Ausstieg aus fossilen Energien oder Anheben sozialer Standards

gefährdet sehen. Ebenso wie herkömmliche Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS) ist ein formal aufgebessertes ICS eine Sonderjustiz, die ausschließlich von ausländischen Investoren genutzt werden kann. Verhandelt würden die Investorenklagen auf der schmalen rechtlichen Basis des Investitionsschutzkapitels von CETA, das im Unterschied zu parlamentarisch beschlossenenem nationalem Recht keine Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums kennt. Ein dreiköpfiges Schiedstribunal hätte darüber zu entscheiden, was „legitime politische Ziele“ staatlicher Gesetzgebung sind und was nicht. **Staatliche Rechte zur Regulierung der Wirtschaft würden ausgerechnet in der sich zuspitzenden Klimakrise geschwächt.**

3. **Entmachtung der Parlamente**

Um "Handelshemmnisse" technischer, ökologischer, rechtlicher und sozialer Art fortlaufend abzubauen, wurde CETA als "Living Agreement" konstruiert. Geheim tagende Ausschüsse (namentlich der Gemischte CETA-Ausschuss und seine Sonderausschüsse), die sich aus Vertreter*innen der kanadischen Regierung und der EU-Kommission zusammensetzen, sind befugt, völkerrechtlich bindende Beschlüsse zu fassen, *ohne* das EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten zu beteiligen. Diese Beschlüsse betreffen z.B. Fragen der Vertragsauslegung, der Definition von "geistigem Eigentum", von Umwelt- und Sozialstandards oder der Zulassung von Agrochemie, die von großer gesellschaftlicher Tragweite sind. **Das Übergehen der Parlamente ist ein schwerwiegendes Demokratiedefizit.**

4. **Antikorruptionsklauseln fehlen**

In der EU Handelsagenda *Trade for All* wurde 2015 für alle Handelsabkommen Antikorruptionsklauseln angekündigt.